

IHK Netzwerk Mittelstand Kardinal Woelki fordert soziale Verantwortung der Wirtschaft

Von

Joachim Frank

01.12.17, 14:00 Uhr



Kardinal Rainer Woelki (M.) mit Nicole Grünewald (IHK Netzwerk Mittelstand) und DuMont-Geschäftsführer Philipp Froben.
Foto: Thomas Banneyer

Köln - Morgens Frühstück mit Obdachlosen, abends Adventsdinner mit Unternehmern – das ist ein Spagat, den auch einer, der von Amts wegen für alle da ist, erst einmal hinbekommen muss. Kardinal Rainer Woelki bewältigt ihn, indem er beim Netzwerk Mittelstand der IHK Köln betont, dass mit den Erwartungen an die „Industrialisierung 4.0“ auch ein „Sozialstaat 4.0“ einhergehen müsse. Unternehmer mit christlicher Überzeugung stünden „im Spannungsfeld von Ökonomie und Ethik“, sagte Woelki und empfahl seinen 130 Zuhörern in der Flora die Prinzipien der katholischen Soziallehre – Personalität, Solidarität, Subsidiarität – als Leitlinien.

Neuordnung der städtischen Wirtschaftsförderung

Als Gastgeberin formulierte Netzwerk-Sprecherin Nicole Grünewald Wünsche an die lokale Politik. Eine Neuordnung der städtischen Wirtschaftsförderung, die OB Henriette Reker in Kooperation mit der Wirtschaft organisieren will, sei ein „Lichtblick“ und ein langgehegtes „Herzenseanliegen“ vieler Kölner Unternehmer, die gern bereit seien, sich für ihre Stadt zu engagieren. Grünewald sicherte Reker Unterstützung für ihre Pläne zu. „Mit der Expertise und der Erfahrung der Wirtschaft können wir Köln nach vorn bringen, und auch das Umland wird von einer starken Kölner Wirtschaftsförderung profitieren.“

Orientierung am Gemeinwohl und Nachhaltigkeit müssten im ureigenen Interesse der Wirtschaft liegen, erläuterte Woelki, weil nur so der gesellschaftliche Zusammenhalt gewährleistet werden könne. „Mit einem Auseinanderdriften ist keinem gedient.“ Zum nicht alleseitigen Gefallen seiner Zuhörer rekurrierte der Kardinal auf das inzwischen geflügelte kapitalismuskritische Wort des Papstes von der „Wirtschaft, die tötet“. Er milderte es aber zu einer Kann-Version ab: Eine Wirtschaft kann töten – zum Beispiel dann, wenn sie ein „Dienstleistungsprekariat“ von Abgehängten schafft, die ihre existenziellen Grundbedürfnisse nicht mehr mit eigener Kraft erfüllen können. Demgegenüber habe die Gesellschaft die Pflicht, „für das Auskommen von Menschen zu sorgen, die nicht arbeiten können.“

Kardinal äußert Kritik

Woelki erneuerte seine [harsche Kritik am Ehrenfelder „Arbeiterstrich“](#), wo hauptsächlich junge Männer „ihre Arbeitskraft zu Märkte tragen und sich prostituieren müssen“. Das sei unvereinbar mit der katholischen Soziallehre. Den Einwand, „Junge, bleib doch bei deiner Theologie“, wollte Woelki nicht gelten lassen. Aus der christlichen Botschaft von Geburt Christi im Stall von Bethlehem folge, dass Gott bei denen ist, die „draußen vor“ sind. „Und deswegen kann die Kirche nicht schweigen, wenn Menschen entwürdigt und missachtet werden.“

Auch die Flüchtlings- und Integrationspolitik beleuchtete Woelki unter unternehmerischem Aspekt. Es brauche „natürlich“ ein Einwanderungsgesetz, um der Probleme von Arbeits- und Umweltmigration Herr zu werden. Dies allein der Asylgesetzgebung überlassen zu wollen, sei „völliger Quatsch“. Bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt müssten die negativen Folgen für die Herkunftsländer – weitere Verarmung, Verlust an Know-how und an Steuereinnahmen – mitbedacht werden. Woelki wandte sich gegen „das Abgrasen einer gebildeten, intellektuellen Oberschicht“. Umgekehrt könne es auch nicht sein, „dass wir nur noch Menschen hereinlassen, die wir gebrauchen können.“

Arbeitsmarkt als Integrationsmotor

Deutschland müsse Verantwortung übernehmen für eine geordnete Rückkehr derer, die zu uns kommen, damit sie daheim zum Aufbau einer zukunftsfähigen Ordnung beitragen. „Sonst wird uns das, was wir 2015 erlebt haben, noch einmal in ganz anderer Weise überrollen“, warnte der Kardinal mit Blick auf den Flüchtlingszustrom vor zwei Jahren.

Der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme im Bereich Integration sei die Teilhabe am Arbeitsmarkt mit – ganz praktisch – fairen Löhnen, schnellerer Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, vermehrten Sprachkursen und der Qualifizierung auch „schwieriger“ Jugendlicher. „Die vielen Menschen, die aus anderen Ländern der Welt – auf welchen von Gräueln und Grauen gepflasterten Wegen auch immer – zu uns kommen, müssen Arbeit und Zukunft bei uns finden“, sagte Woelki. Vor diesem Hintergrund dankte er den Mittelständlern und Familienbetrieben für ihren „immens wichtigen“ Einsatz und „wertvollen Dienst“ am Gemeinwesen.